

## **Vollbeschäftigungskapitalismus**

Plädoyer für einen Systemwechsel

Die Entschärfung der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise überschattet gegenwärtig die Politik und die aktuellen Debatten weltweit. Die Regierungen der USA und aller übrigen OECD-Staaten sind eifrig dabei, „Rettungspakete“ für systemisch relevante Banken und von Konkurs bedrohte Großkonzerne zu schnüren. Auf den drohenden Zusammenbruch ganzer Branchen, die neue Welle von Massenentlassungen und den erneuten Anstieg der Massenarbeitslosigkeit reagieren die Regierungen mit de facto Verstaatlichungen, wie im Falle von General Motors in den USA oder mit den Abwrackprämien für Altautos, mit Konjunkturprogrammen und vor allem mit Kurzarbeit in Deutschland.

In Deutschland sollen diese Maßnahmen die Folgen der Krise, wie Massenentlassungen, im Superwahljahr ein wenig entschärfen. Sie stellen jedoch allesamt kein Konzept dar, das den Namen Krisenlösung verdiente. Es muss daher davon ausgegangen werden, dass zu dem Heer von Arbeitslosen, Niedriglöhnern, Leiharbeitern und Hartz IV-Empfängern weitere Millionen dazukommen. Man kann sich auch des Eindrucks nicht erwehren – und die Auswahl der Lösungspakete belegen dies – dass die Ursachen der Krise noch nicht einmal erkannt worden sind. Auffällig ist, dass ein Vergleich mit der ersten Weltwirtschaftskrise in der öffentlichen Diskussion vermieden, mehr noch, tabuisiert wird. Die Geschichte wiederholt sich zwar nicht. Um die Gegenwart jedoch besser zu meistern, darf sie nicht ausgeblendet werden. Dabei sind, ungeachtet aller Unterschiede, die Gemeinsamkeiten zwischen beiden Krisen größer als man wahrhaben will:

In beiden Epochen, Ende der 1920er Jahre und jetzt, finden die Krisen vor dem Hintergrund von Massenarbeitslosigkeit, schwachen Gewerkschaften, Machtungleichheit zwischen Lohnarbeit und Kapital sowie mit einem deutlichen machtpolitischen Vorsprung der Kapitalseite statt. Diese dominiert eindeutig den hegemonialen Diskurs und das politische Handeln. Verblüffend ähnlich sind die Annahmen und Menschenbilder der jeweils herrschenden Leitideologien. Damals dominierte der Geist des Laissez-faire-Kapitalismus und heute der mit diesem nahezu identische Geist des Neoliberalismus.

Die erste Weltwirtschaftskrise, die in den Aufstieg des Faschismus in Deutschland und den zweiten Weltkrieg einmündete, wurde nicht selektiv und bloß durch finanzpolitische Maßnahmen, sondern durch den Keynesianismus, also durch einen Systemwechsel, überwunden, wobei mit der Überwindung der Massenarbeitslosigkeit auch die Verschiebung der Machtbalance zwischen Unternehmern und Gewerkschaften, somit die Art und Weise der Verteilung der Wertschöpfung, eine zentrale Rolle spielte. Auch der Bedeutungsverlust des Keynesianismus und der Aufstieg des Neoliberalismus in den 1970er Jahren ging mit einem Systemwechsel bei der Verteilung und einer Verschiebung der Machtbalance zu Gunsten der Unternehmerseite einher. Entlang der Verteilungs- und der Machtachse lassen sich

im kapitalistischen Norden tatsächlich drei historisch aufeinander folgende kapitalistische Akkumulationsmuster unterscheiden: (1) der Laissez-faire-Kapitalismus, der bis zur ersten Weltwirtschaftskrise andauerte, (2) der Keynesianische Kapitalismus (soziale Marktwirtschaft), der bis Anfang der 1970er Jahre dominierte, und (3) der Neoliberale Kapitalismus, der in die gegenwärtige Finanz- und Weltwirtschaftskrise führte.

Um logisch und historisch zu begründen, weshalb auch heute, wie nach der ersten Weltwirtschaftskrise, nicht eine aktionistische Flickschusterei, sondern nur ein Systemwechsel die angemessene Antwort auf die gegenwärtige Finanz- und Weltwirtschaftskrise sein kann, der unter veränderten Rahmenbedingungen der Globalisierung und der ökologischen Grenzen konzipiert werden müsste, werden im folgenden zunächst die drei Kapitalismustypen genauer analysiert. Die Analyse beschränkt sich dabei im wesentlichen auf die machtpolitischen Wechselbeziehungen zwischen Kapital und Lohnarbeit, die der Verfasser für den Wechsel der drei kapitalistischen Systeme im 20. Jahrhundert und auch heute für fundamental hält.<sup>1</sup> Nach vorliegender Analyse steht heute die Politik der Vollbeschäftigung auf der Agenda. Mit Systemwechsel wird hier der Wechsel zu neuen historisch vorherrschenden Varianten des Kapitalismus verstanden.

## 1. Der Laissez-faire-Kapitalismus

Dieser Typ des Kapitalismus herrschte über den gesamten Zeitraum der ursprünglichen Akkumulation und der Industrialisierung, somit von den Anfängen der kapitalistischen Entwicklung bis zur ersten Weltwirtschaftskrise in den 1920er Jahren vor. Ich bezeichne diese Epoche als die Laissez-faire<sup>2</sup>-kapitalistische Epoche, da in diesem Zeitraum die Kapitalakkumulation nach den Laissez-faire-Regeln des klassischen Liberalismus stattfand. Der Darstellung dieses Modells seien zunächst einige Hinweise theoretischer Natur vorausgeschickt:

Das Kapital hat grundsätzlich die Tendenz, die eigene Fortexistenz – überall und solange wie möglich - mit einfachen Methoden der Mehrwertproduktion zu sichern. Zu diesen Methoden gehören vor allem die Verlängerung der Arbeitszeit und die Senkung des Lohnniveaus oder auch eine Kombination von beiden Möglichkeiten. Marx nannte sie die Methode der absoluten Mehrwertproduktion. Das Kapital – wie übrigens auch der Markt als Medium, in denen Kapitale untereinander konkurrieren – besitzt weder Moral noch soziales Gewissen. Seine inneren zerstörerischen wie kreativen Triebkräfte passen sich äußerst flexibel den äußeren Rahmenbedingungen wie Machtverhältnissen, natürlichen Ressourcen etc. an.<sup>3</sup> Die Tendenz zur absoluten

<sup>1</sup> Ausführlicher zur Relevanz von Machtbeziehungen und Machtformen vgl. Massarrat, 2006, S. 45–76.

<sup>2</sup> Der Begriff Laissez-faire geht auf die französischen Physiokraten wie Francois Quesnay zurück und umschreibt den Zustand der freien Entfaltung der Marktkräfte, ohne dass Eingriffe in das ökonomische Geschehen stattfinden. Dieses Wirtschaftssystem funktioniert in Quesnays *tableau économique* wie der Blutkreislauf bei Menschen, der von sich aus und ohne jedwede Eingriffe von außen am besten funktioniert.

<sup>3</sup> So konnte beispielsweise das Kapital und der Kapitalismus insgesamt sowohl mit dem Faschismus wie auch in der Variante „sozialer Marktwirtschaft“ mit der Demokratie koexistieren, sowohl imperialistisch, wie auch freihändlerisch expandieren, mit Krieg leben und auch mit Frieden Frieden schließen. Welche dieser Formen dominieren, folgt entgegen einer von vielen Marxisten vertretenen Auffassung nicht zwingend aus den Mechanismen des Marktes und der Kapitalakkumulation. Vielmehr sind die konkreten Erscheinungsformen davon abhängig, ob die Kapitalisten stark genug sind, alle menschlichen Bedürfnisse dem eigenen Willen und der Kapitallogik der Profitmaximierung zu unterwerfen oder ob alle anderen Menschen über die erforderliche politische Macht verfügen, um die

Mehrwertproduktion dominiert, solange ein Zustand des Überangebots an Arbeitskräften mit anhaltender Konkurrenz unter den Arbeitssuchenden vorherrscht und solange dadurch die wehrlosen oder wehrlos gewordenen Lohnarbeiter dazu gezwungen werden können, bis zum Äußersten Zugeständnisse zu machen.

Genau in diesem Zustand agiert das Kapital im Zeitalter der ursprünglichen Akkumulation und des Übergangs zum Kapitalismus. Dank eines nie enden wollenden Stroms der Landflüchtigen in die Industriezentren und der totalen Schutzlosigkeit der Menschen, die sich im politischen Absolutismus dem gnadenlosen Diktat des Kapitals unterwerfen mussten, wurde die Industrialisierung in Europa – wie übrigens heute im „Süden“ - mit der absoluten Verelendung von hunderten Millionen von Menschen finanziert. In dieser Ära funktionierten die Märkte tatsächlich genau so, wie es Markttheoretiker des Laissez-faire-Kapitalismus, allen voran der französische Ökonom Jean Baptiste Say, beschrieben haben (Fusfeld, 1972: 76 ff). Says Theorem zufolge sind Beschäftigungspotentiale stets in hinreichendem Umfang vorhanden. Nur müsse der Lohn so weit sinken bis es sich für den Kapitalisten lohne, Arbeitskräfte einzustellen. Dabei seien alle Maßnahmen, Sozialgesetze und Institutionen, wie Gewerkschaften, die den Marktmechanismus auf dem Arbeitsmarkt beeinträchtigen und Lohnsenkung sowie Flexibilität verhindern, beschäftigungsfeindlich und daher unerwünscht. Das Ergebnis dieser marktradikalen Ideologie des klassischen Wirtschaftsliberalismus ist bekannt: absolute Verelendung durch sinkende Löhne, 16-Stunden-Arbeitstag, Frauen- und Kinderarbeit, Herabsenkung des Lebensalters und damit einhergehend die permanente Verletzung der Würde des Menschen.<sup>4</sup>

Das Saysche Marktgesetz folgt der anarchischen Logik „nach mir die Sintflut“, nach der sich normalerweise jeder einzelne Kapitalist verhält: Profitmaximierung durch sinkende Löhne. Einzelne Kapitalisten sind zwar für Lohnerhöhungen, allerdings bei allen anderen Kapitalisten nur nicht bei sich selbst. So würden sie den denkbar idealen Zustand niedriger Kosten bei sich selbst und den sicheren Absatz ihrer Waren bei anderen vorfinden. Es führt aber unweigerlich zum Zusammenbruch, wenn alle nach demselben Muster handelten und die Löhne bei sich senkten. Steigende Nachfrage bleibt in diesem System so strukturell eine offene Flanke, sie wird buchstäblich den Bedingungen und Zufälligkeiten überlassen, die außerhalb des Systems existieren. Wer sollte denn die produzierten Waren auch kaufen, wenn dieses Marktgesetz die gesamte arbeitende Bevölkerung zu Hungerlöhnen verdammt und ihnen nur so viel Kaufkraft belässt, die nötig ist, um ihr eigenes Überleben zu ermöglichen. Ein Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage auf den Warenmärkten ließe sich so allenfalls nur noch auf niedrigstem Preisniveau herstellen. Dieses System ist somit dauerhaft in der Absatzkrise, es hätte - der eigenen Logik folgend - durch eine Abwärtsspirale hindurch irgendwann zusammenbrechen müssen. Dieser Kapitalismus ist - allen Behauptungen seiner in

---

Kapitallogik entsprechend den menschlichen Bedürfnissen gefügig zu machen, ihr Grenzen zu setzen und so den Wirkungsraum kapitalistischer Produktionsweise auf effiziente Allokation der Ressourcen, also deren kreative Funktionen, zu beschränken.

<sup>4</sup> Marx und Engels beschäftigten sich ausführlich mit der „Lage der Arbeiterklasse in England“, dem Ursprungsland des Kapitalismus. Im ersten Band des Kapitals widmet sich Marx im dritten Abschnitt ausführlich diesem Thema, indem er materialreich und anschaulich darlegt, auf welche, die Menschenwürde verletzende Weise und mit welchen Methoden Männer, Frauen und Kinder des anwachsenden Proletariats in den Dienst der Mehrwertproduktion gestellt wurden (Marx, 1969, Kapital, Bd. I, S. 245-321). Dieser Text gewinnt auch heute, angesichts der sozialpolitischen Skandale, wie Hartz IV-Regeln, Niedriglöhner, Leiharbeiter, eine neue Aktualität.

der liberalistischen Tradition stehenden Verfechter zum Trotz – von sich aus auch nicht überlebensfähig. Tatsächlich ist er auch zusammengebrochen, allerdings nicht schon im 18. und 19. Jahrhundert, sondern erst in der Weltwirtschaftskrise zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Warum und wie konnte der Laissez-faire-Kapitalismus aber so lange bestehen und nicht schon viel früher zusammenbrechen? Sein Überleben über zwei bis drei Jahrhunderte und die Überwindung der systemischen Absatzkrisen verdankt diese Form des Kapitalismus der Existenz von zwei externen Quellen. *Erstens* das nichtkapitalistische agrarische Hinterland und *zweitens* die Absatzmärkte des Auslands:

Das agrarische Hinterland stellt einerseits den Absatzmarkt für industriell hergestellte Produkte während der gesamten Periode der Durchkapitalisierung des Agrarsektors und absorbiert den überschüssigen Absatz, der auf Grund eines auf Hungerlöhnen des Proletariats fußenden Kapitalismus permanent erzeugt wird. Und eben dieses Hinterland versorgt den Kapitalismus auch mit „frischen“ Proletariern. Die kapitalistischen Städte und die nichtkapitalistischen Regionen eines jeden Landes bilden so eine organische Einheit, die eine fortlaufende Kapitalakkumulation sichert und der industriellen Revolution den Auftrieb gibt. Doch verschwindet mit dem Durchkapitalisierungsprozess allmählich auch das nichtkapitalistische Hinterland. Dem Laissez-faire-Kapitalismus bleibt nur noch die zweite Möglichkeit offen, nämlich der Export der überschüssigen Waren ins Ausland und die Herausbildung einer neuen organischen Einheit der Kapitalakkumulation, die sich aus einem auf Hungerlöhnen und begrenzter Binnennachfrage beruhenden Kapitalismus und dem noch nicht kapitalistisch entwickelten Ausland zusammensetzt. Dies ist m. E. übrigens auch die wichtigste und naheliegendste Triebkraft für die imperialistische Eroberung der Absatzmärkte im 19. Jahrhundert.<sup>5</sup> Doch funktioniert dieses System wiederum solange wie das Ausland das überschüssige Angebot nachfragt und eine Absatzkrise des kapitalistischen Anbieterlandes mit geringer eigener Binnennachfrage verhindert.

Sobald aber die Anzahl der kapitalistischen Länder ansteigt, die die Kapitalisierung der eigenen agrarischen Gebiete abgeschlossen haben, und auf Grund sinkender Löhne und sinkender Binnennachfrage gleichermaßen nach außen drängen, sobald mehrere kapitalistische Länder, deren Kapitalakkumulation nach dem Sayschen Marktgesetz stattfindet, vor dem gleichen Problem stehen, die eigene Absatzkrise durch Expansion nach außen überbrücken zu müssen, muss der Laissez-faire-Kapitalismus auch global kollabieren. Um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert sind Konkurrenz um Absatzmärkte in Europa und imperialistische Kriege in vollem Gang. Dem 1. Weltkrieg folgt – in der falschen Annahme, das Ausland sei die Ursache der Absatzkrise - die gegenseitige Abschottung und der Protektionismus. Die Laissez-faire-kapitalistischen Staaten schließen gegenseitig jene Schleusen, die bis dato ihren Fortbestand sicherten. Das Wegbleiben der Auslandsnachfrage in

---

<sup>5</sup> In den klassischen Imperialismustheorien von Lenin und Bucharin werden dem Widerspruch zwischen den Tendenzen der sinkenden Binnennachfrage und dem Zwang zu steigendem Absatz als entscheidender Triebkraft imperialistischer Aneignung von nichtkapitalistischen Gesellschaften so gut wie keine besondere Bedeutung beigemessen. Im Unterschied dazu sieht Rosa Luxemburg, allerdings nur intuitiv, diesen Zusammenhang. In ihrem Hauptwerk *Akkumulation des Kapitals* hält sie dieses *historisch* zu erklärende Problem für ein systemisches Problem des kapitalistischen Akkumulationskreislaufs, das nur durch die „nichtkapitalistischen Milieus“ vorübergehend aufgehoben wird. Der Zusammenbruch des Kapitalismus wird, so Luxemburg, jedoch unvermeidlich werden, sobald das nichtkapitalistische Milieu verschwindet. (Ausführlicher zur Kritik von Rosa Luxemburgs und anderen klassischen Imperialismustheorien vgl. Massarrat, 1976).

Verbindung mit einer Inlandsnachfrage auf sehr niedrigem Niveau legen alle für den Laissez-faire-Kapitalismus typischen Konsequenzen offen: sinkende Warenpreise (Deflation), Massenentlassungen, Konkurse, Unterbrechung der Waren- und Kreditkreisläufe, Zusammenbruch des Bankensystems bis schließlich das System insgesamt kollabiert.

## 2. Der Keynesianische Kapitalismus

Während Lenin im Imperialismus das „höchste Stadium des Kapitalismus“ sah und fest daran glaubte, dass die Revolution dem Kapitalismus in Russland und darüber hinaus den Todesstoß geben würde, und während die revolutionären Linken in Deutschland, allen voran Rosa Luxemburg, die Hoffnung hegten, angesichts der sich anbahnenden tiefgreifenden Krise, alsbald den Kapitalismus auch in Deutschland stürzen zu können, machten sich Nationalökonomien mit Weitblick Gedanken darüber, wie die herrschende klassische Ökonomie Say'scher Prägung mit ihren fundamentalen Fehleinschätzungen durch eine zeitgemäße Theorie und eine entsprechende Politik ersetzt werden kann. Sie erkannten nämlich - im Unterschied zum linken Lager -, dass nicht der Kapitalismus als Ganzes, sondern erst die primitivste Variante davon, eben der Laissez-faire-Kapitalismus, an seine Grenzen gestoßen war. Zu diesen Ökonomen gehörte an vorderster Front John Maynard Keynes, der nach etlichen Einzelanalysen 1936 eine geschlossene Theoriealternative zu Says Orthodoxie lieferte. Mit seinem Buch „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, der Zinsen und des Geldes“ trat die klassische Nationalökonomie, deren marktradikale Dogmen die erste Weltwirtschaftskrise hervorgerufen hatten, vorerst in den Hintergrund.

Keynes erschütterte das Say'sche Dogma der Selbstregulierung ökonomischer Gleichgewichte (zwischen Angebot und Nachfrage auf allen Märkten und zwischen Ersparnis und Investition), letztlich die wirklichkeitsfremde Annahme, dass allein die Gesetzmäßigkeiten des Marktes auch zur Vollbeschäftigung führten. Keynes zur Folge können jedoch Stabilität auf den Märkten hergestellt, Wachstumsprozesse in Gang gesetzt und Vollbeschäftigung erreicht werden, wenn der Staat mit seiner Ausgabenpolitik in das Marktgeschehen aktiv und mit vielen Einzelmaßnahmen gezielt eingreift.

Das Say'sche Marktgesetz war schon immer ein abgehobenes und für die Praxis der Kapitalakkumulation untaugliches Gedankenmodell. Der Kapitalismus ohne staatliche Steuerung entwickelte sich im 18. und 19. Jahrhundert nicht wegen, sondern trotz der Say'schen wirtschaftspolitischen Rezepturen. Während – wie oben ausgeführt – die Kapitalakkumulation über zwei Jahrhunderte vor allem wegen der äußeren Quellen für Arbeits- und Warenmärkte ohne große Zusammenbrüche stattfand, glaubten die zeitgenössischen Ökonomen, dass die relative Stabilität auf die Say'schen Marktgesetze zurückzuführen ist. Erst nach dem Versiegeln der äußeren Quellen der Kapitalakkumulation und des unvermeidbaren Zusammenbruchs des Kreislaufs konnten skeptische Nationalökonomien wie Keynes überhaupt erkennen, dass der Kapitalismus nur fortbestehen kann, wenn Staat und Politik alle jeweils verfügbaren Ressourcen gezielt mobilisieren, die sonst brachlägen und dem Akkumulationsprozess entzogen blieben: Erst durch staatliche Nachfrage werden Investitionspotentiale in vollem Umfang mobilisiert, die Wirtschaft angekurbelt und Angebot und Nachfrage auf den Märkten ins Gleichgewicht gebracht. Doch war diese Erkenntnis zwar eine notwendige Bedingung für die Rettung des Kapitalismus und

den erhofften Aufschwung. Erforderlich war gleichzeitig auch eine sukzessiv steigende Massenkaufkraft aller Lohnempfänger, somit das Gegenteil der für den Laissez-faire-Kapitalismus charakteristischen Verelendung der arbeitenden Menschen.

Für die letztere Bedingung sorgten allerdings die Arbeiterbewegung und ihre Parteien in Europa und den USA selbst. Der Kampf um den Normalarbeitstag mit der politischen Durchsetzung des Achtsturentages hatte bereits lange vor der Weltwirtschaftskrise begonnen. In Russland hatte 1917 eine Revolution mit dem Anspruch stattgefunden, an Stelle des Kapitalismus den Sozialismus aufzubauen. In Deutschland und anderen europäischen Ländern waren Arbeiterparteien zwar noch viel zu schwach, um den Kapitalismus zu überwinden, inzwischen aber stark genug, um sich gegen die Verelendung des Laissez-faire Kapitalismus zu wehren und für höhere Löhne und den Aufbau von Sozialsystemen erfolgreich zu streiten. Unter diesen historisch-globalen Rahmenbedingungen des Scheiterns des Laissez-faire-Kapitalismus, nämlich der Versiegelung externer Akkumulationsquellen einerseits und der Befreiung der arbeitenden Menschen vom Joch der absolutistischen Kapitalherrschaft und dem Beginn der Demokratisierung andererseits, kam die keynesianische Revolution für einen *Systemwechsel* weg vom *Laissez-faire*- und hin zum *Keynesianischen Kapitalismus* gerade wie gerufen.

Schon während des zweiten Weltkrieges gewannen Anhänger Keynes in den Vereinigten Staaten die Oberhand, die Politik der öffentlichen Ausgaben, des „deficit spending“, führte dort nicht zuletzt auf Grund von Keynes Ideen Mitte der 1930er Jahre zu Roosevelts *New Deal*, der viele sich gegenseitig stärkende Elemente zu einem wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Gesamtkonzept umfasste: Arbeitsbeschaffungsprogramme, Arbeitszeitverkürzung, Erhöhung der Mindestlöhne, Stärkung der Gewerkschaften durch entsprechende gesetzliche Grundlagen, diverse Versicherungen einschließlich der Arbeitslosenversicherung sowie eine offensive Ausgabenpolitik des Staates.<sup>6</sup> Damit wurde auch die Grundlage des *Fordismus*, des *American way of life*, mit drastisch steigender Massenproduktion von Autos und modernen Haushaltsgütern bei gleichzeitig steigenden Löhnen und Massenkaufkraft gelegt. In Europa konnte der Aufbau des Keynesianischen Kapitalismus erst nach dem Sieg über den Faschismus beginnen. Innerhalb von 30 Jahren von 1945 – 1975 erlebten alle kapitalistischen Staaten in Westeuropa, Nordamerika und Asien historisch einmalige Wohlstandssteigerungen von nie gekanntem Ausmaß.

Anhaltend hohe Wachstumsraten und das Ausbleiben von krisenhaften Brüchen erzeugte bei vielen in Wissenschaft und Politik allerdings die Illusion eines störungsfreien Kapitalismus mit einer grenzenlosen Wachstumsmaschinerie. Tatsächlich gelang es dem Keynesianischen Kapitalismus in diesem Zeitraum durch die Mobilisierung aller Wachstumsressourcen, wie Arbeitskräftepotential, Energie und Rohstoffe, flächendeckender Ausbau der Verkehrsnetze und neue Organisations- und Managementstrategien, ein Modell des *extensiven Wachstums* mit zu etablieren,

---

<sup>6</sup> Fälschlicherweise wird oft für die staatlich geförderte Aufrüstung die keynesianische Wirtschaftspolitik verantwortlich gemacht. Richtig ist, dass die Protagonisten der Rüstungsindustrie, (deren Legitimation die jeweils herrschende Sicherheitspolitik liefert und deren Triebkräfte machtpolitischen Ursprungs ist) die Politik der Aufrüstung gern durch Keynes'sche Ausgaben- und Beschäftigungspolitik legitimieren. Genau so wenig aber wie zwischen Kapitallogik und Rüstung ein ursächlicher und zwingender Zusammenhang besteht, genau so wenig ist auch der Rüstungssektor eine Folge der keynesianischen Wirtschaftspolitik.

das über einen längeren Zeitraum das Fundament der Stabilität darstellte. Herausragendes Merkmal des Keynesianischen Kapitalismus in seiner Gesamtheit und vor allem die eigentliche Quelle steigender Kaufkraft der arbeitenden Menschen ist das *steigende Machtpotential der Gewerkschaften und der Arbeiterparteien und dadurch auch der relative Machtausgleich zwischen Lohn- und Kapitaleseite*.<sup>7</sup> Dieser Machtausgleich ist die eigentliche Grundlage des Gleichgewichts zwischen der Binnennachfrage und dem gesamtwirtschaftlichen Angebot an Waren und Dienstleistungen.

Erst auf dieser Grundlage kann jene Fehlentwicklung, wie sie für den Laissez-faire-Kapitalismus charakteristisch war, verhindert werden: die Absatzkrise, der Zwang zur Exportexpansion und zu imperialistischen Kriegen. Damit wurde der Beweis erbracht, dass der Kapitalismus sich dort am intensivsten entwickeln kann und auch dort am stabilsten ist, wo die eigenen *internen Ressourcen* am wirkungsvollsten mobilisiert und am konsequentesten zum Systemfundament gemacht werden. Kapitalistische Staaten, die sich von Ausbeutung und damit vom einseitigen Ressourcenfluss von außen abhängig machen, so dass diese Abhängigkeit sogar zum Dreh- und Angelpunkt aller gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichte wie zwischen Angebot und Nachfrage, Handels- und Zahlungsbilanz wird, sind demnach am wenigsten stabil und am stärksten gewillt, sich imperialistisch zu verhalten und sich auch vor Kriegen zur Aufrechterhaltung der *kurzfristig und künstlich hergestellten* Gleichgewichte nicht zu scheuen. Dies galt z. B. für Portugal bis zur Nelkenrevolution, dies gilt für Großbritannien, das sich auf das Commonwealth und die immer noch von außen fließenden Finanzströme verlässt. Und dies gilt vor allem für die Vereinigten Staaten, die sich durch die aufgebaute Hegemonialmacht entscheidend von der *Hegemonialrente*<sup>8</sup> abhängig gemacht haben.

Hohe Wachstumsraten bis 12 % in Deutschland und Westeuropa und noch höhere in Japan, steigende Nachfrage nach Arbeitskräften aus dem In- und Ausland, Vollbeschäftigung, steigende Kampfkraft der Gewerkschaften, fortlaufende Erfolge bei Tariffkämpfen, steigende Lohnquote und Ausbau der Sozialsysteme, sie alle waren wichtige sozial- und wohlstandspolitische Merkmale dieses Wachstumsmodells. Doch stießen zunächst vor allem in Westeuropa und Japan die Wachstumsreserven wegen der hohen Bevölkerungsdichte und damit das extensive Wachstumsmodell an Grenzen, wie sie insbesondere 1972 in der Studie des *Club of Rome* prognostiziert wurden. Wie die in der unten folgenden Tabelle zusammengestellten Indikatoren belegen, sanken mit wachsendem Bruttosozialprodukt und zunehmender Erschöpfung materieller Wachstumsreserven z. B. in Deutschland auch die Wachstumsraten. Fortan verwandelte sich die Produktivitätssteigerung durch Innovation und Rationalisierung zur einzigen Quelle des Wachstums (und der Kapitalakkumulation). Das bis dato dominante und die Vollbeschäftigung sichernde extensive Wachstumsmodell machte einem neuen *intensiven Wachstumsmodell* Platz. Zu den Hauptmerkmalen dieses Wachstumsmodells gehören steigende Produktivität durch den flächendeckenden Einsatz neuer Technologien und Rationalisierung, rascher Strukturwandel von arbeits- zu kapitalintensiven Sektoren, steigende Arbeitslosigkeit und Exportexpansion im Rahmen beschleunigter Globalisierung und sinkender

<sup>7</sup> Auch hier ist die Macht der Gewerkschaften eine soziale Macht, die über ein Eigenleben verfügt und den Kapitalismus im Interesse der arbeitenden Menschen formt und den Kapitaleigentümern, so sie hinreichend stark ist, auch Grenzen setzen kann. Näheres dazu vgl. Massarrat, 2006, S. 45-77.

<sup>8</sup> Näheres zur Hegemonialrente vgl. Massarrat, 2006, S. 127 ff.

Binnennachfrage. So gesehen, war es nicht zufällig, dass just in der Ära schrumpfender Wachstumsreserven und der drastisch steigenden Nachfrage nach elektronischer Informationstechnologie die dritte industrielle Revolution ihren historischen Durchbruch erlangte.

## **Tabelle**

### **Indikatoren der Wachstumsmuster in der Bundesrepublik Deutschland**

	50er	60er	70er	80er	90er
Durchschnittliche Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts in %	8	4,4	2,8	2,3	2,1
Durchschnittliche Wachstumsraten der Arbeitsproduktivität	6,5	5,2	3,7	2,4	2,4
Durchschnittliche Zahl der Arbeitslosen in Mio.	1,83	0,356	0,733	2,123	3,689

Quelle: Statistisches Bundesamt. Bundesanstalt für Arbeit und eigene Berechnungen

Der Strukturwandel und der Übergang vom extensiven zum intensiven Wachstumsmodell unter den Bedingungen schrumpfender Wachstumsreserven setzt der bis dato erfolgreichen keynesianischen Wirtschaftspolitik in zweierlei Hinsicht Grenzen: Vollbeschäftigung und Preisstabilität. Die nunmehr bescheidenen Wachstumsraten reichen nicht mehr aus, um die durch Produktivitätssteigerung und Rationalisierung freigesetzten Arbeitskräfte aufzufangen. Die durchschnittliche Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts bleibt auf Dauer hinter der Rate der Produktivitätssteigerung zurück. Die Ära der Vollbeschäftigung geht somit, trotz der zuvor durchgesetzten drastischen Arbeitszeitverkürzung von der 48- auf die 40-Stundenwoche, zu Ende. Ähnliches gilt auch für die Ära der Preisstabilität, da die Politik der staatlichen Ausgaben nicht mehr wirkt und auch auf Grund schrumpfender Wachstumsreserven nicht länger wirken kann. Fortan verlieren Kredit finanzierte staatliche Ausgaben ihre Ressourcen mobilisierende Funktion. Sie rufen nicht mehr Arbeitsplätze, sondern steigende Staatsverschuldung und Inflation (Stagflation) hervor. Angesichts der Erinnerung an die galoppierende Inflation der 1920er Jahre greift in der Bundesrepublik Deutschland erstmals nach drei Dekaden Preisstabilität die Angst um eine neue Inflation um sich. Während aus diesem Grund der Monetarismus an Boden gewinnt, gerät der Keynesianismus in die Legitimationskrise. Mit dem Eingeständnis „mir sind fünf Prozent Inflation lieber als fünf Prozent Arbeitslosigkeit“ lieferte 1982, wenige Wochen vor seinem Sturz, der letzte sozialdemokratische Bundeskanzler keynesianischer Provenienz, Helmut Schmidt, im Grunde die Bankrotterklärung für den klassischen Keynesianismus – denn die Wahl zwischen Pest und Cholera ist eben keine.<sup>9</sup>

<sup>9</sup> Dieses Scheitern des Keynesianischen Kapitalismus bezieht sich – dies soll ausdrücklich hervorgehoben werden – nur auf entwickelte kapitalistische Staaten mit erkennbar schrumpfenden Wachstumsreserven. In allen Schwellen- und Entwicklungsländern, auch in den ehemals sozialistischen Staaten – also bei einem beträchtlichen Teil der Welt - hat der Keynesianische Kapitalismus noch Zukunft, er müsste allerdings hinsichtlich ökologischer Herausforderungen weiter entwickelt werden.



Im Keynesianischen Kapitalismus hatten Sozialdemokraten, Sozialisten und Gewerkschaften die kapitalistischen Staaten sozialpolitisch modernisiert und im kapitalistischen Staat den eigenen Staat, eben den Sozialstaat, verankert. Sie hatten es jedoch nicht geschafft, den Keynesianismus mit Hinblick auf die unvermeidlich sich anbahnende Ära schrumpfender Wachstumsreserven zu modernisieren, ihn ökologisch, angesichts von Grenzen des Wachstums, und sozialpolitisch, angesichts steigender Arbeitsproduktivität und der darauf beruhenden Massenarbeitslosigkeit, weiter zu entwickeln. Der neoliberale Geist fand in Deutschland und Westeuropa einen fruchtbaren Boden, in dem er sich krebsartig ausbreiten und wuchern konnte.

### **3. Der Neoliberale Kapitalismus**

In Deutschland fand der Übergang zu einer neuen Epoche des Kapitalismus erst zu Beginn der 1980er Jahre statt. Der deutsche Neoliberalismus – durch den Reaganismus und Thatcherismus längst angestachelt – sah in der Legitimationskrise des Keynesianismus seine Stunde für gekommen. Der FDP in der sozialliberalen Koalition fiel es nicht schwer, 1982 mit dem „Lambsdorff-Tietmeyer“-Papier, das das künftige Programm des deutschen Neoliberalismus in der Bundesrepublik Deutschland werden sollte, die SPD geführte Koalition zu beenden und der Ära des Neoliberalen Kapitalismus auch in Deutschland zum Durchbruch zu verhelfen. Einflussreiche Ökonomen, vor allem im Sachverständigenrat der Bundesregierung, hatten sich längst auf den neoliberalen Geist eingestimmt, der aus den USA und Großbritannien („angelsächsischer Kapitalismus“) auf das europäische Festland („rheinischer Kapitalismus“) überschwappte. Der angelsächsische Kapitalismus war nicht ein rein Keynesianischer Kapitalismus, sondern weiterhin ein Laissez-faire-Kapitalismus mit stark keynesianischen Zügen.

In beiden einander ablösenden Hegemonial-Staaten, USA und Großbritannien mit jeweils beträchtlichen externen Quellen der Kapitalakkumulation (Hegemonialrente), lebten Dogmen des Laissez-faire-Kapitalismus aus dem 19. Jahrhundert weiter und bestimmten auch die Theorie und Praxis beider Staaten mit. Die Theorien von Friedrich August von Hayek und Milton Friedman (die Gründer des Neoliberalismus) sind im Grunde nichts anderes als die alten Laissez-faire-Dogmen, die angesichts der komplexeren Anforderungen des 20. Jahrhunderts modernisiert wurden. In von Hayeks ökonomischer Welt sei der Markt selbst unter den unvollkommensten Bedingungen die beste aller Alternativen, da er selbst die effiziente Nutzung von ökonomischen Ressourcen regelt. Diese Effizienz könne, so von Hayek durch den Staat eigentlich nur beeinträchtigt werden. Von Hayek, Friedman und ihre Anhänger wurden zu den schärfsten Kritikern des keynesianischen Staates nicht nur hinsichtlich der staatlichen Ausgabenpolitik der Nachfragesteigerung, sondern auch wegen der „kostspieligen“ staatlich gestützten Sozialsysteme.

#### **Rückwärts in das 19. Jahrhundert**

Im Neoliberalen Kapitalismus steht der Kapitalist im Vordergrund. Hauptzweck seines Handelns ist die kurzfristige Renditenmaximierung. Alle anderen Ziele, wie Wachstum, Beschäftigung, Preisstabilität und letztlich Wohlstand, resultieren mehr oder weniger automatisch aus dem Hauptzweck. Aus diesem Dogma geht das Dogma der umfassenden unternehmerischen Freiheiten, somit die Rechtfertigung der Beseitigung aller Schranken hervor, die diese Freiheiten und die kurzfristige

Profitsteigerung behindern. Darauf stützen sich auch alle strategischen Eckpfeiler des Neoliberalismus: (a) die möglichst vollständige Flexibilisierung des Arbeitsmarktes durch die Beseitigung der Mindestlöhne, die Lockerung des Kündigungsschutzes, der Schaffung einer umfassenden Konkurrenz unter den arbeitenden Menschen, um das Lohnniveau entlang einer Abwärtsspirale zu senken und die Arbeitskraft mobil zu machen. Hinzu kommt (b) die Senkung aller Steuerlasten für die „Leistungsträger“ auf einem möglichst niedrigen Niveau, (c) die Liberalisierung der Handelsmärkte, um die Voraussetzungen für die Umsatzsteigerung und Renditeerhöhung für global agierende Konzerne zu verbessern, (d) die Deregulierung der Finanzmärkte, um die erzielten Gewinne weltweit und ohne jegliche Behinderung dort, wo die höchsten Rendite erwartet werden, zu investieren. Dazu gehört schließlich auch (e) die Privatisierung von öffentlichen Gütern wie Post, Bahn, Telekommunikation, Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen, um neue Investitionssphären für überschüssiges Kapital zu schaffen. Bei näherem Hinsehen entspringen alle neoliberalen Handlungsmaxime, wie im klassischen Laissez-faire-Kapitalismus, der Logik der Einzelkapitale: „nach mir die Sintflut“. Auch hier verlässt man sich darauf, dass andere Kapitalisten sich um die Nachfrage kümmern. In der Konsequenz dieser Logik bleibt letztlich auch hier das Ausland für die Schaffung der Nachfrage zuständig. Langfristigkeit, Gesellschaft und vor allem der Mensch kommen in neoliberalen Dogmen, wenn überhaupt, nur als Störfaktor vor. Es gäbe „keine Gesellschaft, sondern nur Individuen“ behauptete einst, dem individualistischen Weltbild im Neoliberalismus folgend, Margaret Thatcher.

Der Neoliberalismus stellt mit seinen Dogmen das gesamte keynesianische Denk- und Handlungsgebäude auf den Kopf: Die steigende Binnennachfrage, die im Keynesianismus die Grundlage für stabile Ökonomie und Wachstum darstellt, wird im Neoliberalismus durch die Strategie *Wachstum durch Standortwettbewerb und sinkende Lohnkosten* ersetzt. Die Neoliberalen verließen sich – wie übrigens auch die Verfechter von Say im Laissez-faire-Kapitalismus – darauf, dass das System trotz sinkender Binnennachfrage irgendwie funktioniert. Im 18. und 19. Jahrhundert hat es, wie unter 1 dargelegt, auch funktioniert, allerdings nur dadurch, dass die inhärenten Systemkrisen nach außen in das billige Arbeitskräfte liefernde Hinterland und in die Absatzmärkte der Nachbarn verlagert wurden. Die neoliberalen Handlungsmaximen à la von Hayek, Friedman u. a. setzten stillschweigend offensichtlich ähnliche Rahmenbedingungen wie im 18. und 19. Jahrhundert für England voraus: das Heer von billigen Arbeitskräften im Inland, auf die nationalen Kapitale zurückgreifen können und schier unbegrenzte Absatzmärkte in anderen Ländern. Die Folgen der neoliberalen Dogmen sind hinlänglich bekannt: Zerstörung des sozialen Fundaments nach innen und Exportexpansion nach außen.

### **Zerstörung des gesellschaftlichen Fundaments**

Sinkende Lohnquote, steigende Massenarbeitslosigkeit, Entstehung eines Lohnniedrigsektors, Schaffung eines Leiharbeitersystems, Ersetzung der sozialen Sicherungssysteme durch prekäre Systeme, die den Druck auf die Lohnarbeit erhöhen, jede Arbeit, an jedem Ort und zu jeder Bedingung anzunehmen, geschwächte Gewerkschaften, die ihre erlangte Macht und Autonomie vollends verlieren, von einem Paradigmenwechsel zum nächsten, von Vollbeschäftigung und Arbeitszeitverkürzung zu Beschäftigungssicherung und Arbeitszeitverlängerung getrieben werden. Die fatalen Auswirkungen dieses Systems auf die gesamte

Gesellschaft, das sind die „Errungenschaften“ des Neoliberalismus in den letzten Dekaden in Deutschland und allen anderen neoliberal kapitalistischen Staaten: die Verbreitung von Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren, sich trotz Leidens nicht krank zu melden, steigender Stress, zunehmender Konsum von Dopingmitteln, auch die sich ausbreitende Angst vor der Perspektivlosigkeit für die eigenen Kinder, die Zukunft zu meistern.<sup>10</sup> Die Spaltung in arm und reich in Deutschland, einem der reichsten Länder der Welt, macht dieses Land nach dem neusten Armutsatlas des Paritätischen Wohlfahrtsverbands nach dreißig Jahren Neoliberalismus zu einer „zerrissenen Republik“ (FR vom 19. 05. 2009)

Die Moralphilosophie des Hartz IV-Gesetzes – eine andere Errungenschaft des Neoliberalismus - ist identisch mit jener im klassischen Liberalismus à la Say: Arbeitsplätze seien hinreichend vorhanden, nur der Lohnsatz müsse halt niedrig genug sein, hieß es damals oder es mangle lediglich am nötigen Leidensdruck heißt es heute. Diese Sicht lässt sich verklausuliert und nicht sofort in Paragraph 1 des von Rot-Grün beschlossenen Sozialgesetzbuches (Hartz IV-Gesetz) ablesen: „Die Leistungen der Grundsicherung sind darauf auszurichten, dass durch eine Erwerbstätigkeit Hilfebedürftigkeit vermieden oder beseitigt... oder verringert wird.“ Die Überprüfung der Hilfsbedürftigkeit entwickelte sich inzwischen zu einem Instrument der demokratisch legitimierten Demütigung und Verletzungen der Menschenwürde, da sie die Behörden freie Hand lässt, die durch das Grundgesetz geschützten Privatsphäre zu durchleuchten. Die Zerstörung gesellschaftlicher Grundlagen ist nicht nur die Folge, sondern auch die Voraussetzung des Neoliberalen Kapitalismus. Insofern setzt ein Systemwechsel unweigerlich voraus, die gesellschaftliche Spaltung durch Vollbeschäftigung zu überwinden.

Zur Ironie der Geschichte gehört, dass in mehreren Ländern Westeuropas, vor allem in Großbritannien und Deutschland, die Sozialdemokratie zum Handlanger der neoliberalen Strategie „Vorwärts in die Vergangenheit“ geworden ist.<sup>11</sup> Fakt ist, dass z. B. in der Bundesrepublik nicht die konservativ-liberale Koalition, die mit Helmut Kohl 15 Jahre regierte, sondern erst mit der rot-grünen Koalition und Schröder/Fischer mit ihrer Agenda 2010 den Neoliberalismus in Deutschland institutionalisierte. Den Startschuss dazu gab das Schröder-Blair-Papier. *Es gibt keine linke oder rechte, sondern nur eine moderne Wirtschaftspolitik*, sagte Schröder, um den Schwenk zu neoliberalen „Reformen“ zu rechtfertigen.

## **Exportexpansion**

Als Pendant zu sinkender Binnennachfrage durch steigende Arbeitslosigkeit und sinkende Löhne im Inland haben die Exportnationen Deutschland und Japan die

---

<sup>10</sup> Laut einer Studie der Deutschen Angestellten Krankenkasse vom Februar 2009 nehmen 2 Millionen „gesunde Arbeitnehmer“ Dopingmittel am Arbeitsplatz. „Psychische Leiden oder Angststörungen haben in den vergangenen 10 Jahren erheblich zugenommen“ und gleichzeitig auch die Bereitschaft, Arzneimittel zur Bewältigung von Alltagsproblemen zu missbrauchen (Frankfurter Rundschau vom 13.02.2009). Deutschlandtrends im April 2009 ergaben folgendes Bild: 32 % der Erwerbstätigen in Deutschland haben Angst, ihren Arbeitsplatz zu verlieren (FR vom 30. April/01. Mai 2009). Noch deutlicher sind die Ergebnisse einer durch die Techniker Krankenkasse in Auftrag gegebenen Studie „Acht von zehn Deutschen empfinden ihr Leben als stressig, jeder Dritte steht unter Dauerstress. ... Stressfaktor Nummer eins ist demnach der Job.“ (Neue Osnabrücker Zeitung vom 15. Mai 2009).

<sup>11</sup> Weshalb ausgerechnet die Sozialdemokratie in die neoliberale Falle hineingetappt ist und einen Verrat an der eigenen Geschichte und an den arbeitenden Menschen begangen hat, bedarf einer gesonderten Untersuchung.

Exportexpansion zu Lasten anderer Staaten auf dem Weltmarkt gezielt vorangetrieben, um die systemische Nachfragerlücke zu kompensieren. Auch China folgte diesem Konzept der Exportexpansion und nahm gleichzeitig – ganz nach neoliberaler Muster - die Verelendung von Millionen Chinesen in Kauf. Auch an dieser Politik kurzfristiger Bewältigung der strukturellen Absatzkrise ist die Parallele zwischen Neoliberaler und Laissez-faire-Kapitalismus erkennbar. Für die Scheinstabilität bezahlte nicht nur die internationale Konkurrenz. Auch die eigenen Industriebranchen und Millionen neue Erwerbslose - in den eigenen Ländern dereinst um den Exportweltmeisterrang buhlend - müssen die Zeche bezahlen, und nachdem nun als Folge der Finanzkrise die Auslandsnachfrage nach Exportwaren dieser Länder drastisch eingebrochen ist, sogar doppelt.<sup>12</sup> In Deutschland und Japan gilt dies für die Autoindustrie und deren mittelständische Zuliefererfirmen.

Großbritannien und vor allem die USA verfolgen - um die eigene systemische Lücke zu schließen – genau das umgekehrte Ziel, das die Lücke des internationalen Geldkreislaufs in geradezu idealer Weise schließt. So sorgt nämlich ihre Geld- und Kreditpolitik dafür, dass die Devisenüberschüsse der „Exportweltmeister“ ihren Weg nach New York und London finden. Im Falle der USA kommen die Vorteile des Dollars als Leitwährung hinzu: Billionen von Dollars fließen, in Erwartung von geringen Verlustrisiken und höheren Renditen, - nicht nur aus den Devisenüberschussländern, sondern auch in Form von Kapitalflucht der Reichen aus den armen Entwicklungsländern - in die USA, aber auch nach Großbritannien und in die Schweiz.

Die Fähigkeit, Ersparnisse aus anderen Teilen der Welt in das eigene Land zu transferieren, verwandelte die Ökonomie der USA allerdings in eine instabile und krisenanfällige Ökonomie ganz so wie bei monopolistischen Unternehmen, die zwar kurzfristig satte Profite einstreichen, aber dann um so rascher zusammenbrechen, wenn das Monopol verschwindet. Und da es die US-Regierungen über Jahrzehnte geradezu darauf anlegten, durch Hegemonialpolitik Kaufkraft aus aller Welt abzuschöpfen und (als Hegemonialrente) in die US-Ökonomie umzuleiten, hörten die US-Kapitalisten und auch die Bürger auf zu sparen. So wundert es kaum, dass die Sparrate in der größten kapitalistischen Ökonomie der Welt allmählich auf Null geschrumpft ist. Die US-Konsumenten konsumieren über ihre Verhältnisse, weil Milliarden Menschen in der ganzen Welt hungern müssen.<sup>13</sup>

Durch den Abfluss der Devisenüberschüsse der „Exportweltmeister“ Deutschland, China und Japan in die Finanzzentren, allen voran in die USA, scheint sich ein stabiler und gleichgewichtiger globaler Kreislauf von Waren, Geld und Kapital etabliert zu haben. Bei näherem Hinsehen entpuppt sich dieses Gleichgewicht aber als eine höchst anfällige und auf vielen globalen Ungleichheiten beruhende Instabilität, die für das gesamte System des Neoliberalen Kapitalismus symptomatisch ist: zwar nehmen in diesem Kreislauf die „Exportweltmeister“ und die Finanzzentren komplementäre Funktionen ein, die einen durch Produktion von Handelsbilanzüberschüssen und die anderen durch Absorption des überschüssigen Kapitals. Und beide Seiten folgen in diesem globalen Akkumulationskreislauf

---

<sup>12</sup> Innerhalb der EU hat beispielsweise Deutschland mit -3,8 % im ersten Quartal 2009, im Vergleich zum letzten Quartal 2008, die höchste Minuswachstumsrate. Für 2009 werden -6 % prognostiziert.

<sup>13</sup> Dieses Strukturproblem der US-Ökonomie zu korrigieren, dürfte die allergrößte Herausforderung für Obamas *Change*-Strategie sein, was allerdings auch eine konsequente Abkehr von der bisherigen Hegemonialpolitik implizieren würde.

derselben Logik der An- und Enteignung: Die „Exportweltmeister“ treiben durch den innenpolitisch künstlich hergestellten „Standortvorteil“ die internationale Konkurrenz in den Ruin und schaffen obendrein auch noch Überkapazitäten bei sich selbst. Leidtragende dieser An- und Enteignungspolitik sind die eigenen Beschäftigten, Niedriglöhner, Leiharbeiter, Arbeitslose im eigenen Land sowie die Länder, die einer aggressiven Konkurrenz nicht Stand halten können. Und die Finanzzentren ruinieren ganze Staaten, indem sie durch ihre Kredit- und Finanzpolitik nicht nur die überschüssigen Devisen der Exportweltmeister, sondern auch die Kaufkraft und damit die Lebensgrundlage von Milliarden von Menschen abschöpfen. Die Finanzkrisen der letzten Jahre in Mexiko, Argentinien, Russland, Indonesien und anderen asiatischen Staaten sind die Erscheinungsformen der globalen Umverteilung. Der Neoliberale Kapitalismus und dessen Akkumulationskreislauf beruhen daher auf einer Umverteilung von unten nach oben, von Süden nach Norden und einem globalen Nullsummenspiel.<sup>14</sup> Gerade dieser Kreislauf schaffte auch den globalen Rahmen für die Entstehung eines virtuellen Finanzsektors und der gegenwärtigen Finanz- und Weltwirtschaftskrise, deren Lasten für alle Leidtragenden dramatisch weiter ansteigen, nachdem - wie gerade jetzt - die Systemblase geplatzt ist.

Die obige Analyse belegt, die erste und die zweite Weltwirtschaft- und Finanzkrise sind hinsichtlich der Ursachen und Folgen sehr ähnlich: Vor allem hinsichtlich sinkender Binnennachfrage durch sinkende Löhne und strukturelle Nachfragerücken einerseits und der aggressiven Exportexpansion und Entstehung von Überkapazitäten andererseits; Vor der ersten Weltwirtschaftskrise fehlte der Sozialstaat, vor der zweiten hat diesen der Neoliberalismus gezielt geschwächt, die erste mündete in Armut, Verelendung, Faschismus und Krieg, der zweiten könnte diese Katastrophen erspart bleiben, allerdings um den Preis einer gigantischen Verschuldung, die den nächsten Generationen aufgebürdet wird.

### **Quellen der Finanzkrise**

Entgegen allen neoliberalen Verheißungen, durch Flexibilisierung der Arbeitsmärkte und Liberalisierung des Handels sowie Stärkung der Wettbewerbspositionen der Unternehmer, neue Arbeitsplätze zu schaffen, wurden steigende Gewinne entweder in Rationalisierung bzw. Arbeitsplatzvernichtung oder/und vor allen Dingen auf den international deregulierten Finanzmärkten investiert. Während die Massenarbeitslosigkeit zu-, die Lohnquote und Binnenkaufkraft von Millionen Menschen abnahm und während die Regierungen, dem Credo der neoliberalen Ideologen folgend, den Großkonzernen Steuergeschenke in Milliardenhöhe machten, stiegen kontinuierlich die überschüssigen Kapitalmassen, die - einst der Wertschöpfung in der Realwirtschaft entzogen - nunmehr in den Händen der großen Kapital- und Aktieneigentümer nach Anlagesphären von höchsten Renditen suchten. Jahr für Jahr haben Unternehmer ihre überschüssigen Gewinne (die Reichen ihr überschüssiges Einkommen) auf den Finanzmärkten angelegt. Allein aus Deutschland flossen in 2008 – um ein Beispiel zu nennen – 260 Milliarden € an

---

<sup>14</sup> Auf diesen Umstand verweist auch ganz zu Recht der neuste UNCTAD-Report: Die Vorstellung, einzelne Länder könnten durch Interessenpolitik internationale Wettbewerbsvorteile erlangen, indem sie ihre Marktanteile durch Manipulation der Wechselkurse, der Lohnkosten, Steuern oder Subventionen steigern, ist „ein nutzloses und gefährliches Konzept. .... Wenn Nationen auf Kosten anderer Nationen gewinnen, dann können Katastrophen kaum verhindert werden.“ Zitiert nach Goldberg, 2009.

überschüssigen Gewinnen und Einnahmen auf die internationalen Finanzmärkte. Eine Möglichkeit, diese überschüssigen Kapitalmassen gewinnbringend einzusetzen, ist die Privatisierung öffentlicher Güter und die Schaffung neuer Anlagesphären. Auch diese Möglichkeit, die letztlich zu Lasten der gesamten Gesellschaft abermals zu mehr Gewinnen und zur Entstehung von noch mehr überschüssigem Kapital führte, stößt wegen der insgesamt geringen Kapazitäten alsbald an ihre Grenzen.

Ganz anders schien es jedoch im expandierenden Finanzsektor zu sein, der - dank Deregulierung als einer schier unendlichen Anlagesphäre - einen Boom von nie gekanntem Ausmaß auslöste. Die Stunde eines neuartigen internationalen Finanzsektors jenseits der eigentlichen Funktionen der Belebung und Aufrechterhaltung des internationalen Kredit- und Geldkreislaufs hatte geschlagen. Im Neoliberalen Kapitalismus entstand dadurch auch eine sich von der Realwirtschaft losgelöste, in der fiktiven Welt von Absurdistan schwebende Sphäre jenseits jedweder Kontrolle der Regierungen und der internationalen Geld- und Finanzinstitutionen und damit eine buchstäblich von niemandem durchschaubare Spielwiese für neue Akteure, Finanzjongleure und Spekulanten für neue Finanzprodukte. In dieser virtuellen Welt ohne Regeln, ohne moralische Maßstäbe und Normen, tummeln sich Hunderttausende von Finanz- und Börsenmaklern, „Privatiers“ und Hunderte von Banken, die mit den neuen „Finanzprodukten“, wie Hedgefonds, Derivaten, Zertifikaten, und dem zigfachen Weiterverkauf von Wertpapieren und Krediten von Millionen ahnungsloser Menschen dafür sorgen, dass nicht nur diese, sondern ganze Staaten zu den Verlierern von geplatzten Finanzblasen gemacht wurden. Durch die horrende Rentabilität von 25 % und mehr in dieser virtuellen Welt gerieten Konzernmanager unter Druck, auch die Rendite in der Realwirtschaft entsprechend zu steigern, freilich durch Entlassungen, durch noch niedrigere Löhne und noch zügigeren Abbau der Sozialsysteme zu Lasten der arbeitenden Menschen.

Die Folge der Finanzkrise im Neoliberalen Kapitalismus für Menschen und Staaten sind hinlänglich bekannt und müssen hier nicht aufgezählt werden. Indem aber die politischen Klassen und Parteien, die aus Unwissenheit oder Eigeninteresse alle Deregulierungsmaßnahmen beschlossen und damit selbst die Verantwortung für die Entstehung der virtuellen Finanzwelt tragen, eifrig dabei sind, die Finanzkrise auf die „Gier“ von Bank- und Konzernmanagern zu reduzieren, verhindern sie den Blick auf die tieferen Ursachen der Finanzkrise.<sup>15</sup> Sie lenken nicht nur von ihrer eigenen Mitverantwortung ab, sondern beschränken sich auch lediglich auf aktionistische Maßnahmen wie die Senkung von Managergehältern und –bonitäten sowie neue Regeln zur Kontrolle der Aufsichtsräte. Damit kurieren sie nur an den Symptomen des Systems herum. Desgleichen geschieht bei der Zunft der neoliberalen wissenschaftlichen Institute und Ideologieproduzenten, deren zentrale Aufgabe offensichtlich darin besteht, Spuren zu verwischen, um den Fortbestand des

---

<sup>15</sup> Franz Müntefering hat, um ein Beispiel zu nennen, in der letzten ARD-Talkshow Beckmann vor Weihnachten 2008 eingestanden, er hätte bis vor drei Jahren nicht gewusst, was Derivate sind. Im guten Glauben, ein bisschen mehr Wettbewerb könne nicht schaden, habe er Deregulierungsbeschlüsse in der Bundesregierung mitgetragen. Tatsächlich war Müntefering nach Schröder in der SPD die aktivste Figur der Agendapolitik. „Ich bin einer von Euch“, so Müntefering bei Betriebsversammlungen „aber ich sage Euch, wir müssen uns ändern, das mit der Arbeiterbewegung geht so nicht mehr weiter“. Zitiert nach Storz 2008.

Neoliberalen Kapitalismus zu sichern.<sup>16</sup> Mit ganz wenigen Ausnahmen<sup>17</sup> erfährt man weder aus den Reihen linker Ökonomen, Politikerinnen und Politiker in traditionalistisch linken Parteien noch aus den Gewerkschaften klare Analysen der Hauptursache der Finanzkrise, die – darüber hegt der Verfasser nicht den geringsten Zweifel – eben im Fundament des Neoliberalen Kapitalismus angelegt ist: sinkende Lohnquoten durch die Spaltung der Gesellschaft in Beschäftigte, Arbeitslose, Leiharbeiter und Hartz IV-Empfänger und die um sich greifende Angst und Entsolidarisierung.

Das Erfolgsgeheimnis des Neoliberalen Kapitalismus gründet auf der Verschiebung der Machtverhältnisse zu Gunsten der Großkonzerne und Reichen und zu Lasten der arbeitenden Menschen und Teilen der kapitalistischen Mittelschichten. Mit dieser Machtverschiebung in den kapitalistischen Zentren ging gleichzeitig auch eine Machtverschiebung national und global zu Gunsten der Reichen und zu Lasten der Armen einher. Der Neoliberalismus ist, im Unterschied zum Ordoliberalismus und zur neoklassischen Ökonomie – die jeweils in sich konsistente Theoriegebäude darstellen –, keine ökonomische Theorie, sondern eine machtpolitische Strategie der Reichen, der Weltelite und mächtiger Staaten, die sich selektiv liberaler Prinzipien bedienen.<sup>18</sup> Neoliberale treten beispielsweise vollmundig für die Liberalisierung der Handelsmärkte der Schwellen und Entwicklungsländer ein, jedoch nicht für die Landwirtschaft der EU und der USA. Sie predigen den Abbau staatlicher Subventionen für Grundnahrungsmittel in armen Entwicklungsländern, aber nicht für den Abbau der EU-Agrarsubventionen. Sie verunglimpfen jegliche Gesetze, die den Ausbau von erneuerbaren Energien fördern, als „Ökodiktatur, sprechen sich jedoch ausdrücklich für den Ausbau der Atomkraftwerke aus und stellen nie die Milliarden-Subventionen für diesen Industriezweig in Frage. Kurz, der Neoliberalismus ist eine Ideologie der Umverteilung von unten nach oben, die bestehende neoimperialistische Strukturen zu rechtfertigen sucht. Der Neoliberale Kapitalismus entwickelte sich zu einem neoimperialistischen System, das die Globalisierung im Interesse einer globalen Minderheit instrumentalisiert, globale Erwerbslosigkeit verschärft, Kriege produziert, soziale Spaltung innerhalb und zwischen den Gesellschaften verstärkt, Feindbilder und einen Kampf der Kulturen begünstigt. Er stellt das größte Hindernis gegen Lösungen für globale Herausforderungen wie den Klimawandel dar, er ist nach dem Faschismus die größte Bedrohung für die Zivilisation.

---

<sup>16</sup> Hans-Werner Sinn, Oberneoliberaler und seines Zeichens Chef des ifo-Instituts in Deutschland, „schimpft“ in seinem neuen Buch „Kasinokapitalismus“ „wie ein Altlinker auf die Kasino-Kapitalisten aus der Finanzwirtschaft“ schreibt die TAZ vom 16./17. Mai 2009.

<sup>17</sup> Rudolf Hickel, führendes Mitglied der Memorandumgruppe „Alternative Wirtschaftspolitik, macht beispielsweise „die neoliberalen Vorfahrtsregeln für Gewinne“ für die Finanzkrise verantwortlich, die „bei ... Unternehmern und Reichen zu massiven Liquiditätsüberschüssen geführt hat. Diese Überschüsse strömten auf den Finanzmarkt. Kapitalsammelstellen“ wie Investmentfonds und Hedgefonds“, so Hickel weiter, „zogen das Geld wie Staubsauger an“ (FR vom 24.10.2008). Auch für Jörg Hufschmid, ebenfalls Mitglied der Memorandumgruppe, ist das angehäuften Finanzvermögen die Hauptkrisenursache. Dafür führt er zwei Quellen an: „erstens die seit 30 Jahren anhaltende Umverteilung von Einkommen. Oben kommt immer mehr Geld an, das nicht wieder produktiv reinvestiert wird – weil unten zu wenig Geld bleibt, um zusätzliche Güter und Dienste zu kaufen“. Zweitens führt nach Hufschmid auch „die zunehmende Privatisierung der Alterssicherung dazu, dass die Versicherungsbeiträge... jetzt für ein paar Jahrzehnte auf den Kapitalmärkten angelegt werden.“ (FR vom 25.02.2009). Hufschmid übersieht aber die unterschiedlichen Funktionen dieser Quellen. Während die erstgenannte die Quelle des überschüssigen Finanzkapitals ist und dadurch den „Sog des Staubsaugers“ erzeugt, gerät die zweite Quelle lediglich in den Strudel des „Staubsaugers“ und kann selbst nicht als Quelle der Krise interpretiert werden.

<sup>18</sup> Näheres zur Funktion des Neoliberalismus als Strategie der Umverteilung: Massarrat, 2008.

#### 4. Vollbeschäftigung durch Arbeitszeitverkürzung

Auf der Grundlage obiger Analyse muss festgestellt werden: Die Finanzkrise kann nicht durch finanzpolitische Instrumentarien gelöst werden. Alle bisher in den neoliberal kapitalistischen Staaten beschlossenen Maßnahmen - in Obamas USA ebenso so wie in Merkels Deutschland, in Sarkozys Frankreich, in Browns England und Berlusconi's Italien – sind genau das Gegenteil davon und weit davon entfernt, der Finanzkrise auf den Grund zu gehen. *Rettungspakete* für illiquide Banken - die Hauptträger der „überschießenden Kreditgeldschöpfung“ wie es im Fachjargon heißt – oder für Großkonzerne der Automobilindustrie, die ganz im Sinne neoliberaler Exportexpansion und Standortkonkurrenz für die Schaffung von Überkapazitäten in beträchtlichem Ausmaß verantwortlich sind, machen keinen anderen Sinn, als den Fortbestand des Neoliberalen Kapitalismus zu sichern. Desgleichen gilt auch für die *Abwrackprämien*, für *Konjunkturpakete* und vor allem für die als Wunderinstrument apostrophierte *Kurzarbeit*. Die Kurzarbeiter von heute sind in Wirklichkeit aber die Erwerbslosen von morgen. Durch Kurzarbeit wird, aus wahlpolitischen und anderen taktischen Gründen und mit erheblichen finanziellen Folgen für die Steuerzahler, die neue Welle von Massenentlassungen nur hinausgeschoben. Alle diese Maßnahmen dienen dazu, die Legitimationskrise des Neoliberalen Kapitalismus und der gesamten politischen Klasse, die unbeirrt jahrelang und dafür mit großem Tamtam den Weg eben für dieses System geebnet hat, zu verschleiern. Neue Massenentlassungen in großem Ausmaß können – dies steht, angesichts einer für 2009 prognostizierten 6 %-igen BIP-Schrumpfung, so fest wie das Amen in der Kirche – dadurch nicht verhindert werden.

Leider scheinen auch kluge Kritiker des Neoliberalismus aus ihren eigenen Diagnosen noch nicht die Konsequenzen gezogen zu haben, die für die Therapie geboten erscheinen. Joseph Stiglitz warnt zwar scharfsinnig vor Obamas *Ersatzkapitalismus* und legt dar, dass das 500-Milliarden-Rettungspaket der US-Regierung dazu führt, dass „die Banken gewinnen, die Investoren gewinnen – der Steuerzahler aber verliert“ (Stiglitz 2009), er hat sich bisher jedoch darauf beschränkt, lediglich effizientere finanzpolitische Maßnahmen vorzuschlagen. Ähnliches gilt auch für den frisch gekürten Nobelpreisträger Paul Krugman, der sich ganz im Stil des klassischen Keynesianismus für ein umfassendes Konjunkturprogramm ausspricht und davor warnt, Staatsverschuldung zu tabuisieren (Krugman 2009). Grundsätzlich anders argumentiert auch Rudolf Hickel nicht, der zwar ein in sich konsistentes Programm „zur Regulierung des Kapitalismus“ vorschlägt (Hickel 2009), dabei jedoch übersieht, dass seine Finanzregulierungsvorschläge keine angemessene Antwort auf die eigene Ursachenanalyse darstellen.<sup>19</sup> Insgesamt scheint der gegenwärtig klassische Keynesianismus, der eine Renaissance erfährt,<sup>20</sup> außerstande zu sein, aus der Krise führen zu können. Angesichts dieser Realität wundert es nicht, dass auch in den Chefetagen der Gewerkschaften eher Ratlosigkeit dominiert. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer z. B. warnt vor sozialen Unruhen, statt für einen Systemwechsel zu mobilisieren. Der IG-Metall-Vorsitzende Berthold Huber sieht die Kurzarbeit als „das intelligenteste Instrument“ an, „um in der Krise Beschäftigung zu sichern“ (Krull, 2009). Es ist jedoch eine Frage der Zeit, bis aufrechte Linke in den Gewerkschaften,

<sup>19</sup> S. dazu die Anm. 17.

<sup>20</sup> So fordern 40 Wissenschaftler aus dem Umkreis der Keynes-Gesellschaft in ihrem Aufruf „Mehr Keynes wagen“ (FR vom 09/10.04.2009).



in allen Parteien und in den sozialen Bewegungen die historische Chance für einen Systemwechsel erkennen.<sup>21</sup>

Vielmehr steht jetzt ein Systemwechsel, weg vom Neoliberalen Kapitalismus, auf der Tagesordnung – genau so wie auch die erste Weltwirtschaftskrise durch einen Systemwechsel, weg vom Laissez-faire-Kapitalismus und hin zum Keynesianischen Kapitalismus überwunden werden konnte. Die entscheidende Frage ist jedoch: wohin? Fest steht für den Verfasser auch, dass nicht der Kapitalismus, sondern der Neoliberale Kapitalismus am Ende ist, übrigens auch hier genau so wie zu Beginn des 20. Jahrhunderts erst der Laissez-faire-Kapitalismus an sein Ende gelangt war. Jene, die das Lied vom „Ende des Kapitalismus“ singen, mögen zur Erhöhung und Verbreitung von Illusionen und zur Erhöhung der Auflagenzahl ihrer Bücher beitragen, zur Aufklärung und Entwicklung von Alternativen zum Kapitalismus tragen sie jedoch kaum bei. Die Alternative zum Kapitalismus fällt übrigens auch nicht plötzlich vom Himmel sobald der kapitalistische Kreislauf kollabiert und die Idee des Kapitalismus ihre Legitimation und Faszination verloren hat. Ohne dass in der heute durch den Kapitalismus dominierten Gesellschaft bereits die Keime einer neuen Gesellschaft entstehen und von immer breiteren gesellschaftlichen Schichten in der Praxis erlebt und weiter entwickelt werden und ohne eine Faszination der Brutstätten einer neuen Gesellschaft ist es wahrscheinlicher, dass ein plötzliches Ende des Kapitalismus in einen neuartigen Faschismus entgleist. Im übrigen ist es auch angesichts der ungelösten globalen Herausforderungen und der gegenwärtigen Krise keine sonderlich große Leistung, permanent „das Ende des Kapitalismus“ heraufzubeschwören – Papier ist bekanntlich geduldig –, es kommt aber jetzt vielmehr darauf an, das, was historisch möglich und politisch realisierbar ist, nicht zu verschlafen. Die gegenwärtig vielfach zu beobachtende Selbstsuggestion, „der Kapitalismus befindet sich in einer Systemkrise“, könnte sogar ganz im Gegenteil den Blick davor versperren, vor lauter Bäumen den Wald nicht zu sehen.

Auf der politischen Tagesordnung steht m. E. ein Systemwechsel zum *Vollbeschäftigungskapitalismus*, der über den Keynesianischen Kapitalismus hinausgeht. Die Schlüssel zu diesem Kapitalismus ist eine Vollbeschäftigung neuen Typs, die – im Unterschied zum Keynesianischen Kapitalismus - nicht durch Wachstum, sondern durch Arbeitszeitverkürzung und faire Teilung des gesamten Arbeitsvolumens entstehen kann. Nur durch eine politische Strategie und gesellschaftliche Allianz für Arbeitszeitverkürzung als Antwort auf die Weltfinanz- und Wirtschaftskrise und der drohenden neuen Massenentlassungen kann das Fundament des herrschenden Neoliberalen Kapitalismus erschüttert und die verlorenen Machtpositionen der arbeitenden, Werte produzierenden Menschen

---

<sup>21</sup> Glücklicherweise rührt sich nicht nur an der Gewerkschaftsbasis etwas, z. B. bei Verdi in Baden-Württemberg und in der IG-Metall in Südhessen, sondern allmählich auch in den Vorstandsetagen der Gewerkschaften. Hans-Jürgen Urban, das IG-Metall-Vorstandsmitglied, geht in seinem Beitrag im Mai-Heft der „Blätter“ beispielsweise davon aus, dass „Kurzarbeit und Qualifizierungsmaßnahmen die drohende Entlassungswelle eher aufgehalten als abgewendet haben“, und dass „die Antikrisenstrategien der Gewerkschaften“... „an die systemische Dimension der Krise nicht heranreichen“. „Die Uhr tickt“ und „eigentlich stünde ein sozial-ökologischer Systemwechsel an“, stellt er fest (Urban, 2009: 72). Gleichwohl vermisst Urban aus gewerkschaftlicher Sicht „eines agierenden Akteurs, einer handlungswilligen und –fähigen Linken“, die in der Lage wäre „aus der historischen Beschäftigung ihrer Kapitalismuskritik Honig“ zu saugen. Allerdings geht auch die von ihm als „Schlüsselfrage“ einer umfassenden Transformationsstrategien bezeichneten „Demokratisierung politischer und wirtschaftlicher Entscheidungsprozesse“ nicht weit genug, um damit eine sich allgemein verbreitenden „Frustration“ für einen Systemwechsel zu bündeln (ebenda, S. 76 f.), jedenfalls reicht sie als Ziel kaum aus, um dem Neoliberalen Kapitalismus ein Ende zu setzen.

zurück gewonnen werden. Nur in diesem Prozess kann die Verzweiflung, die Resignation und die Angst um die Zukunft überwunden und der neoliberale Spaltpilz zwischen noch-Beschäftigten und Arbeitslosen beseitigt werden. Die Vollbeschäftigung neuen Typs stellt schließlich auch die Rahmenbedingungen dafür, dass die Wertschöpfung dort verbleibt, wo sie erzeugt worden ist, nämlich in der Realwirtschaft, und dass die Lohnquote wieder ansteigt und damit eine nachhaltige finanzielle Basis für öffentliche Investitionen in Bildung, Gesundheit und ökologischen Umbau geschaffen wird. Erst in diesem System ist es auch möglich, eine funktional rationale Beziehung zwischen Geld- und Kreditkreislauf und Realwirtschaft wieder herzustellen und damit auch der Entstehung von neuen Finanzblasen einen Riegel vorzuschieben. Andernfalls sind weitere Weltwirtschaft- und Finanzkrisen vorprogrammiert.

Der Vollbeschäftigungskapitalismus beruht, wie der Keynesianische, auf Privateigentum, auf Ausbeutung der Erwerbsarbeit und auf Entfremdung. In beiden Systemen gehört die staatliche Regulierung dazu, nur dadurch kann das Ziel Vollbeschäftigung durchgesetzt werden. Der entscheidende Unterschied dieser Kapitalismusvarianten besteht darin, dass der Keynesianische Kapitalismus, so wie wir ihn kennen, die Vollbeschäftigung durch Wachstum erreichen will, ohne Arbeitszeitverkürzung auszuschließen, während im Vollbeschäftigungskapitalismus zur Erreichung der Vollbeschäftigung eine an die Produktivität gekoppelte sukzessive Arbeitszeitverkürzung im Vordergrund steht, bei gleichzeitigem qualitativen Wachstum in den Bereichen wie Bildung, Gesundheit, Umweltschutz.

### **Vollbeschäftigung ist möglich und auch finanzierbar**

In Europas kapitalistischen Staaten ist Vollbeschäftigung möglich, allerdings hauptsächlich durch Arbeitszeitverkürzung. Denn für eine Vollbeschäftigung durch Wachstum müssten über einen längeren Zeitraum Wachstumsraten von 3 % und mehr erzielt werden, die deutlich höher sind als die Raten der derzeitigen Produktivitätssteigerung, die zwischen 2 – 3 % betragen. Doch ist die Wirtschaft in den meisten EU-Staaten bereits an ihre Wachstumsgrenzen gestoßen, hohe Wachstumsraten sind im übrigen aus ökologischen Gründen auch nicht mehr erwünscht.

„Die tatsächliche Wochenarbeitszeit der Vollzeitbeschäftigten liegt in der EU 14 zwischen 37,7 (Frankreich) und 43,3 Stunden (Großbritannien); Deutschland befindet sich mit 39,9 Stunden im Mittelfeld.“ Damit Vollbeschäftigung durch Umverteilung des vorhandenen Arbeitsvolumens erreicht werden kann, müsste die durchschnittliche Vollarbeitszeit gesenkt werden, und zwar auf die Bandbreite von 26,4 Stunden pro Woche in Belgien, bis zu 34,4 Stunden in Österreich. Der EU-Durchschnitt läge dann bei 31 Stunden.“ (Bontrup/Niggemeyer/Melz, 2007: 58 f). Für Deutschland müsste das vorhandene Arbeitsvolumen von 56 Milliarden Stunden auf 44 Millionen Erwerbspersonen umverteilt werden. Bei 45 Arbeitswochen kann Vollbeschäftigung durch die Senkung auf 28 Stunden pro Woche erreicht werden (Memorandum, 2008).

Tatsächlich kann die hier statistisch ermittelte Arbeitszeitverkürzung individuell in vielfältigen Formen und mit einer Flexibilität, die sowohl den Interessen der Beschäftigten wie den Erfordernissen, die sich aus dem Betriebsablauf ergeben, gerecht werden. Zu diesen Formen gehören: Teilzeitbeschäftigung, kürzere Wochen-

, Monats- oder Jahresarbeitszeit, Sabbatical-Jahr oder aber auch kürzere Lebensarbeitszeit. Denkbar wäre auch eine freiwillige Kombination von kurzen Arbeitszyklen (z. B. 3-Tageweche, 10 Monate Arbeit/Jahr oder ein freies Jahr nach allen 5 Jahren Arbeit) und längere Lebensarbeitszeit. Massenarbeitslosigkeit bedeutet die Vernichtung von Arbeitsqualifikationen. Durch Vollbeschäftigung finden dagegen sämtliche Qualifikationspotentiale durch flexible Regelungen, gesamtgesellschaftlich gesehen, optimalen Einsatz.<sup>22</sup>

Die Arbeitszeitverkürzung ist auch finanzierbar. Grundsätzlich sind große Konzerne ökonomisch in der Lage, den vollen Lohnausgleich zu zahlen. Sie haben jedoch kein Interesse am Projekt Arbeitszeitverkürzung und werden sich mit allen Mitteln die Waffe Massenarbeitslosigkeit als Instrument der Lohnsenkung und die Dominanz bei Tarifkonflikten nicht nehmen lassen. Des weiteren dürfte nahe liegen, dass Großkonzerne sich um einen Schulterchluss mit dem deutlich finanzschwächeren Mittelstand, der in der Regel nicht in der Lage ist, den vollen Lohnausgleich zu bezahlen, für eine Allianz gegen das Projekt bemühen werden. Ungeachtet der taktischen Frage der politischen Durchsetzbarkeit ist die Arbeitszeitverkürzung gesamtgesellschaftlich finanzierbar. Beispielsweise könnten beträchtliche Kosten der Arbeitslosigkeit als steuerliche Entlastung an untere und mittlere Einkommensgruppen weitergegeben werden. Es ist auch volkswirtschaftlich sinnvoller, die für die Kurzarbeit bereitgestellten Mittel in den Konjunkturprogrammen, die obendrein zur Beibehaltung von Überkapazitäten und Entstehung entsprechender Kosten führen, zum Lohnausgleich zu verwenden.

Vollbeschäftigung durch kürzere Arbeitszeiten rechnet sich volkswirtschaftlich auch deshalb, weil die ehemals Arbeitslosen durch ihre Sozialversicherungsbeiträge die Sozialkassen entlasten und Transfers aus öffentlichen Steuereinnahmen in die Sozialkassen überflüssig machen. Insofern spricht die gesamtwirtschaftliche Vernunft in jeder Hinsicht dafür, nicht die Arbeitslosigkeit, sondern die Verkürzung der Arbeitszeit zu finanzieren.

### **Wie aber Vollbeschäftigung und Arbeitszeitverkürzung politisch durchsetzen?**

Der Neoliberale Kapitalismus befindet sich in einer historischen Legitimationskrise. Dennoch deutet politisch nichts darauf hin, dass ein Systemwechsel bevorsteht. Neoliberale Protagonisten sind mit aller Macht dabei, ihr System zu retten. Ihnen würde dies sogar auch gelingen, wenn die Opfer des Neoliberalen Kapitalismus ihre Chance, die die zweite große Weltwirtschaftskrise zu einem Systemwechsel bietet, verschlafen würden.

Die Vollbeschäftigung durch faire Umverteilung der Arbeit ist der Schlüssel zum Systemwechsel, sie geht allerdings weit über eine rein tarifpolitische Angelegenheit hinaus. Die Fehler der Kämpfe für die 35-Stundenwoche in den 1980er Jahren müsste allerdings vermieden werden, ein gesellschaftspolitisches Projekt mit vielen Facetten auf die Tarifpolitik zu reduzieren. Sie ist eine der größten

---

<sup>22</sup> Vollbeschäftigung durch kürzere Arbeitszeiten tangiert „das Ganze der Arbeit.“ Es besteht ein Zusammenhang zwischen Erwerbsarbeit, Gesundheit, Familie, Erziehungsarbeit.... Kürzere Erwerbsarbeitszeit bewirkt daher den Abbau von Stress und Vermeidung von Krankheiten. Sie nutzt Partnerschaften, Kindern Frauen und Männern; sie fördert Geschlechtergerechtigkeit. Menschen gewinnen Zeit zum Leben, Lieben und Lachen, sie gewinnen Zeit für Beziehungs- und Pflegearbeit, für Engagement in der Gemeinschaft, für sich selbst.“ (attac-AG ArbeitFairTeilen, 2009)

gesellschaftspolitischen Herausforderungen, ähnlich wie es der Aufbau des Keynesianischen Kapitalismus in Europa nach der ersten Weltwirtschaftskrise war. Vonnöten ist eine breite politische Allianz, die von den Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, Sozialverbänden bis zu mittelständischen Kapitalgruppen, die der neoliberale Kapitalismus an den Rand des Ruins und der Selbstaufgabe geführt hat, getragen wird. Erforderlich ist auch ein Konzept für umfassende kulturelle und weiterbildungspolitische Programme für Freizeitbeschäftigung und Förderung der ehrenamtlichen Arbeit für alle als gesellschaftspolitisches Pendant der Arbeitszeitverkürzung. Der Gewerkschaftsführung in Deutschland fiele dabei eine wichtige Rolle zu. Sie könnte auch die Führung übernehmen, wie Guy Rider, der Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, auf dem Kapitalismuskongress des DGB Mitte Mai in Berlin gefordert hat. Doch müsste die Gewerkschaftsspitze dazu das politische Ziel der Vollbeschäftigung und des Systemwechsels, weg vom Neoliberalen Kapitalismus, auf ihre politische Agenda setzen.

Gewiss ist eine Allianz unter dem weiterhin dominierenden Geist des Neoliberalismus zu bilden, eine höchst komplizierte Aufgabe. Entpolitisierung in den letzten Jahrzehnten, die allgemein anzutreffende naive Haltung, der Kelch würde vorübergehen, und der geschickte Schachzug der Regierungen, die drastischen Auswirkungen der aktuellen Krise mit Neuverschuldungen gigantischen Ausmaßes zu Lasten künftiger Generationen in die Zukunft zu verlagern, alle diese Phänomene erschweren sicherlich die Entstehung einer mächtigen Gegenbewegung, die politisch in der Lage wäre, dem Neoliberalen Kapitalismus den sozialen Boden zu entziehen. Unmöglich ist diese Herausforderung jedoch nicht. Die Vernetzung der aktiven Akteure in den Gewerkschaften, Kirchen, sozialen Bewegungen und Parteien ist der erste Schritt in diese Richtung. Sie hätte mit der Forderung *Arbeitszeitverkürzung statt Kurzarbeit* eine politische Zielmarke, um sich jetzt bei den betroffenen Belegschaften zahlreicher Betriebe, wie Opel, Mercedes, Schefflergruppe, Stahlkonzerne und hunderttausender Leiharbeiter und Leiharbeiterinnen, die überall als erste in die Arbeitslosigkeit geschickt wurden, Gehör zu verschaffen und die gesellschaftspolitische Stimmung, gerade in Deutschland angesichts des Superwahljahres, zu kippen.

Dabei dürfte das strategische Ziel der Vollbeschäftigung durch kürzere Arbeitszeit, deren gesamtgesellschaftlichen Vorteile für die überwältigende Mehrheit der Menschen unstrittig ist, nicht den kurzfristigen Sonderinteressen geopfert werden. Voller Einkommensausgleich für alle kann beispielsweise eine Allianz, die auch relevante mittelständische Kapitalgruppen einschließt, unmöglich machen. Tatsächlich müssen gut verdienende Fachkräfte, leitende Angestellte, Beamte wie Richter und Universitätsprofessoren im Austausch mit mehr Freizeit auch nicht unbedingt durch einen Einkommensausgleich bedacht werden. Dieser Preis kann und muss auch bezahlt werden, sollte dadurch ermöglicht werden, den Widerstand gegen Arbeitszeitverkürzung auf ein Minimum zu reduzieren.

## 5. Perspektiven für die globale Welt

Der Vollbeschäftigungskapitalismus ist nicht nur eine Strategie zur Bewältigung der gegenwärtigen Weltwirtschafts- und Finanzkrise, sondern auch die historische Alternative zu dem von der keynesianischen Fachwelt favorisierten keynesianisch regulierten Kapitalismus. Im Vollbeschäftigungskapitalismus steht die Neugestaltung

des sozialen Fundaments der Gesellschaft im Vordergrund. Erst auf der Grundlage dieses neuen Fundaments, nämlich Vollbeschäftigung und Überwindung der Folgen sozialer Spaltung, kann die Regulierung der Finanzströme und Bewältigung anderer globaler Herausforderungen, wie die Armutsbekämpfung und der Klimawandel, effizient in Angriff genommen werden. Erst dadurch verschieben sich auch die Machtverhältnisse zu Gunsten der Gewerkschaften und können diese aus der Abwärtsspirale der permanenten Zugeständnisse herauskommen und stattdessen wieder aktiv und wirkungsvoll an der Gestaltung der Politik in Deutschland und in der EU sowie an der Gestaltung der Globalisierung teilnehmen. Nur auf dieser Grundlage können auch die Voraussetzungen für die wirtschaftliche Demokratisierung verbessert und Fehlentwicklungen, die an demokratischen Institutionen vorbei zur gegenwärtigen Finanzkrise geführt haben, verhindert werden.

Durch eine dauerhafte Koppelung der Arbeitszeitverkürzung mit steigender Produktivität würde der Vollbeschäftigungskapitalismus dahin tendieren, sich selbst dialektisch aufzuheben. Denn in dem Maße wie die individuelle Arbeitszeit analog zur Produktivitätssteigerung verkürzt wird, wird auch die Mehrwert produzierende Erwerbsarbeit freigesetzt. Insofern wird dieser Kapitalismus zur Voraussetzung von Entstehung neuer Tätigkeitsformen jenseits kapitalistischer Produktionsweise und Erwerbsarbeit sowie zur Entwicklung neuartigen gesellschaftlichen Zusammenlebens in einem historisch schrumpfenden und absterbenden alten System, eben dem Kapitalismus. Dazu würde ergänzend auch ein Rechtsanspruch auf Grundeinkommen beitragen, das für selbst gewählte Tätigkeiten in allen gesellschaftlich anerkannten ökonomischen, politischen und sozialen Einrichtungen gewährt werden müsste. Hierdurch würde im Kapitalismus ein wichtiges Fenster geöffnet, das sowohl der Idee der Selbstverwirklichung, wie aber auch dem Aufbau alternativer Strukturen (Genossenschaftswesen bzw. solidarische Ökonomie) diene. Diese müssten sich in produktiver Konkurrenz zu bestehenden kapitalistischen Betrieben mit Privateigentum und Erwerbsarbeit erst bewähren, um sich auf demokratischem Wege auch durchsetzen zu können.

Der Vollbeschäftigungskapitalismus in der EU, Japan und Nordamerika würde nicht nur hier eine Perspektive über den Kapitalismus hinaus eröffnen, sondern auch die Perspektive für eine andere globale Welt. Soziale Träger der Vollbeschäftigung im Norden, die Gewerkschaften, soziale Bewegungen und Teile der Parteien würden soziale Bewegungen und Reformkräfte im Süden stärken, in den jeweiligen Ländern wie in internationalen UN-Institutionen, wie Weltbank, IWF, WTO, UNCTAD und anderen Unter- und Nebenorganisationen, um soziale und ökologische Standards durchzusetzen und die gegenwärtig asymmetrischen Süd-Nord-Verteilungsstrukturen zu Gunsten des fairen Handels, der Kooperation und zum gegenseitigen Nutzen der Vorteile der internationalen Arbeitsteilung zu überwinden.<sup>23</sup>

### **Der Doppelpack Vollbeschäftigungskapitalismus und Keynesianischer Kapitalismus im globalen System**

Auch diese andere Welt bliebe weiterhin kapitalistisch: Im globalen Norden würde der Vollbeschäftigungskapitalismus durch Arbeitszeitverkürzung mit sukzessive sinkendem Anteil an Erwerbsarbeit dominieren. Und im globalen Süden würde sich

---

<sup>23</sup> Dieses Ziel erfordert jedoch globale politische Allianzen, die als soziale Träger, beispielsweise durch Weiterentwicklung der Sozialforen, erst gebildet werden müssten. Näheres dazu siehe Massarrat, 2006: 87 ff.

auf Grund von noch vorhandenen Wachstumsreserven in erheblichem Umfang erst einmal der Keynesianische Kapitalismus etablieren, der zur beträchtlichen Erweiterung des Beschäftigungspotentials beitragen kann. Die Koexistenz dieser Varianten des Kapitalismus in der neuen Welt dürfte die Voraussetzungen für ganz neue ökonomische, politische und friedenspolitische Entwicklungen deutlich verbessern. Anstelle von zerstörerischen Dominanz - Unterwerfungsbeziehungen zwischen dem Norden und dem Süden hätte die Idee der Kooperation erstmals die historische Chance, sich zum gegenseitigen Nutzen durchsetzen. Diese globale Kooperation setzt allerdings voraus, dass der Kapitalismus im Norden gezähmt, d. h. an einer aggressiv expansiven Standortkonkurrenz strukturell gehindert werden würde. Hierzu dienen zunächst flächendeckende gesetzliche Mindestlöhne in den einzelnen Staaten. Dadurch wird nämlich einerseits der globalen Abwärtsspirale des Lohnniveaus ein Riegel vorgeschoben und andererseits werden die Wettbewerbsbedingungen der Schwellen- und Entwicklungsländer deutlich verbessert. Auf beiden Seiten werden anstelle von Machtüberlegenheit natürliche Vorteile bzw. echte Leistungs- und Produktivitätsdifferenzen zum treibenden Hebel internationaler Arbeitsteilung. Des weiteren bedürften Gesellschaften des Nordens eines armutsfesten Grundeinkommens, das die Vollbeschäftigung und Mindestlöhne für alle Menschen, die nicht beschäftigt werden können, auch sozialpolitisch flankiert.

Die militärische Absicherung von Produktion und Handel bei „strategischen“ Rohstoffen und Energieträgern, die einen wesentlichen Bestandteil im globalen System des Neoliberalen Kapitalismus mit asymmetrischen Verteilungsstrukturen darstellen, würde so ihre Legitimation endgültig verlieren. Kriege, die unter dem Vorwand der „Versorgungssicherheit des Nordens“, die beispielsweise in den letzten zwei Jahrzehnten und mit erheblichen Kosten auf dem Balkan, im Irak, in Afghanistan, geführt wurden, wären im global kooperativen Modell fehl am Platz. In der neuen Welt könnte sichergestellt werden, dass Öl, Gas, Gold, Diamanten, Silber und andere knappe Rohstoffe genau so frei gehandelt würden, wie Weizen, Autos und IT-Produkte. Damit wäre eine wichtige Grundlage für die Wende zur Kooperation in allen wichtigen Bereichen geschaffen: regionale Kooperations- und Sicherheitsstrukturen in Mittel- und Südamerika, in Süd-, Zentral- und Nordafrika, in Süd- und Zentralasien, im Mittleren und Nahen Osten und nicht zuletzt auf dieser Grundlage die Demokratisierung des UN-Systems; des weiteren Etablierung von regionalen Zentralbanken und Währungen sowie die Erweiterung der Autonomie von Staaten und sozialen Gruppen im Süden; und schließlich könnte auch die Entwicklung von Ansätzen im Süden, die die Spielräume für solidarökonomische Produktions- und Lebensweisen erweitern, vorangetrieben werden.

### **Literatur:**

- Bontrop, Heinz-J./ Niggemeyer, Lars/Melz, Jörg, 2007: Arbeitfairteilen, Massenarbeitslosigkeit überwinden, Hamburg.
- Friedman, Milton, 1976: Kapitalismus und Freiheit, München.
- Fusfeld, Daniel R., 1972: Geschichte und Aktualität ökonomischer Theorien von Merkantilismus bis zur Gegenwart. Frankfurt/New York.
- Goldberg, Jörg, 2009: Neuer UNCTAD-Report: Krisenanalyse und Alternativen zum Kasino, in: Weltwirtschaft & Entwicklung – Hintergrund, April 2009.
- Hayek von, Friedrich August, 1979: Liberalismus, Tübingen.

- Hayek von, Friedrich August, 2002: Grundsätze einer liberalen Wirtschaftsordnung, Tübingen.
- Hickel, Rudolf, 2009: Plädoyer für einen regulierten Kapitalismus, in: AP u. Z. 20/2009.
- Keynes, John Maynard, 1966: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Berlin.
- Krugman, Paul, 2009: Das Konjunkturprogramm, in: Frankfurter Rundschau vom 08. April 2009.
- Krull, Stephan, 2009: Die Krise schreitet nach gesellschaftlicher Planung, in: Sand im Getriebe, Mai 2009.
- Marx, Karl, 1969: Das Kapital, Bd. 1. Berlin.
- Massarrat, Mohssen, 1976: Hauptentwicklungsstadien der kapitalistischen Weltwirtschaft, Lollar.
- Massarrat, Mohssen, 2006: Kapitalismus – Machtungleichheit – Nachhaltigkeit. Perspektiven revolutionärer Reformen, Hamburg.
- Massarrat, Mohssen, 2008: Reiche aller Länder, bereichert Euch“ in: Freitag vom 31. Oktober 2008.
- Sinn, Hans-Werner, 2009: Der Kasino-Kapitalismus, München.
- Stiglitz, Joseph E., 2009: Obamas Ersatzkapitalismus, in: Frankfurter Rundschau vom 08. April 2009.
- Storz, Wolfgang, 2008: Der Habicht auf der Ruine, in: Freitag vom 17. Oktober 2008.
- Urban, Hans-Jürgen, 2009: Die Mosaik-Linke vor Aufbruch der Gewerkschaften zur Erneuerung der Bewegung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 5/2009.